

Für die Grundschule und ihre Kinder

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrter Herr Dr. Lorz, sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitglieder des Grundschulverbands!

Mit der heutigen Festveranstaltung zum Auftakt des Bundesgrundschulkongresses 2019 möchte der Grundschulverband die pädagogische Arbeit der Grundschullehrkräfte würdigen. Von diesem Kongress sollen aber auch Impulse ausgehen für die Zukunft des Lernens in der Schule, Impulse die sich an die Pädagoginnen und Pädagogen in Schulpraxis und Wissenschaft und an die Verantwortlichen in Politik und Administration richten.

Der Grundschulverband verbindet Perspektiven für die Schule und das Lernen mit einer Bestandsaufnahme aus 50 Jahren Entwicklungsarbeit für eine kinder- und zeitgerechte Schule.

Nicht der Vergleich mit früher ist dabei richtungsweisend, sondern es sind die gesellschaftlichen Veränderungen, auf deren Herausforderungen mit pädagogischen Konzepten reagiert werden muss. An dieser Aufgabe war der Grundschulverband stets prominent beteiligt. Es kann heute nicht darum gehen „Schule zurückzudrehen“, wie es in mancher presseöffentlichen und leider auch politischen Diskussion geschieht, wenn neue Konzepte und Methoden infrage gestellt werden. Solche Kampagnen sind gleichbedeutend mit der Aberkennung des professionellen Könnens der Lehrkräfte und der Aberkennung der Bedeutung von Unterrichts- und Schulentwicklungsarbeit.

Konzepte für das Lernen der Kinder müssen sich an den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen und nicht an den Schulerfahrungen der Eltern- oder Großelterngeneration orientieren.

Die Grundschule ist 100 Jahre alt und immer noch eine gemeinsame Schule, allerdings nach wie vor beschränkt auf die Dauer von 4 Jahren. Wir halten es für dringend geboten, diese Begrenzung aufzuheben, sie wird den heutigen Gegebenheiten nicht mehr gerecht.

Die Potenziale besonders von Kindern, die unter schwierigen Lebensbedingungen aufwachsen, können sich in unserem Schulsystem nicht ausreichend entfalten

Kinder müssen mehr Bildungsgerechtigkeit erfahren, auch um dem Auseinanderbrechen der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Vielfalt als Bereicherung wahrzunehmen verlangt Akzeptanz. Sie verlangt auch die Konsequenz, dass auf unterschiedliche Voraussetzungen mit unterschiedlichen Maßnahmen und Bedingungen zu reagieren ist.

Das betrifft die Ausstattung von Kitas und Schulen, das betrifft das gesamte Bildungsangebot.

Unser Anspruch ist eine allseitige Bildung, bei der es selbstverständlich - aber nicht nur - um Kulturtechniken geht, und um die Gesamtentwicklung des Kindes. Kinder brauchen musisch-kulturelle Angebote genauso wie Erfahrungen und Gelegenheiten zur Kommunikation, das Bewähren im sozialen Miteinander, die Chance zu lernen sich zu organisieren und Verantwortung zu übernehmen und - nicht zuletzt - bei Entscheidungen mitzubestimmen.

Schule wird als sozialer Raum der Begegnung und Auseinandersetzung mit vielfältigen Erfahrungen und Sichtweisen immer wichtiger.

Und - Schule muss ein Ort sein, an dem Kinder demokratisches Miteinander erleben und demokratisch handeln lernen.

Längst selbstverständlich sind in vielen Grundschulen Schülergremien wie Klassenrat und Kinderparlament, Streitschlichterkonzepte und die gemeinsame Erarbeitung von Regeln.

Das genügt aber nicht. Kinder müssen auch ihre individuellen Lernwege mitbestimmen können. Ihnen müssen Lernschritte transparent und Ziele verständlich gemacht werden.

Partizipation und demokratisches Lernen verändern das Leistungskonzept der Schule.

Solch ein Konzept ist anspruchsvoll und fordert eine pädagogische Leistungskultur, die Lernfreude und Leistungszuversicht zu entwickeln hilft, die die Rückmeldungen der Kinder zu ihren Lernprozessen ernst nimmt und die Eltern einbezieht.

Konzepte dafür hat der Grundschulverband längst erarbeitet, sie sind in vielen Schulen erprobter, gelebter und bewährter Alltag.

Auf den Anfang kommt es an: Die Grundschule ist das Fundament des Schulsystems

Die Grundschulen sind nicht nur im Vergleich der Schulstufen schlecht ausgestattet, sondern auch im internationalen Vergleich mit wirtschaftlich ähnlich aufgestellten Ländern. Der Grundschulverband fordert seit Jahren, die Bildungsfinanzierung vom Kopf auf die Füße zu stellen. Ein wichtiger Schritt wäre, zumindest in den ersten Jahrgängen kleinere Klassen zu bilden.

Der Lehrermangel und der Mangel an pädagogischen Fachkräften treffen besonders deutlich Schulstandorte, an denen Herausforderungen ohnehin kumulieren.

Alle Grundschulen brauchen eine qualitätsvolle Personalausstattung.

Hier sollte sich die Bildungspolitik an ihre eigenen Appelle erinnern (KMK 2015, 26):

„Die gesellschaftliche Wertschätzung der Grundschule drückt sich in der Sicherung der dafür notwendigen Ressourcen aus“.

Diskutiert wird endlich eine gleichwertige Bezahlung von Lehrkräften.

Um Benachteiligungen nicht zu verschärfen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht weiter zu gefährden braucht es schneller und bundesländerübergreifend effektive Maßnahmen, um z. B. auf den aktuellen Lehrermangel zu reagieren. Zusammenarbeit ist gefragt von Bund, Ländern, Kommunen und Verbänden.

Kinder brauchen eine anregungsreiche und hochwertige Lernumgebung

Schulgebäude und Lernumgebungen sind der dritte Erzieher und Kinder halten sich zunehmend länger darin auf. Flexible Lern- und Fachräume, Räume zum Musizieren und Theaterspielen und Räume für Kommunikation und Präsentation und nicht zuletzt eine Aula braucht jede Grundschule genauso wie Medien aller Art.

Besonders skandalös ist, dass nicht in allen Bundesländern vergleichbare Bedingungen bestehen.

Der Grundschulverband fragt:

Ist das mit Bildungsgerechtigkeit zu vereinbaren?

Welche Verantwortung kommt an dieser Stelle der Bundesregierung zu?

Kinder und unsere Gesellschaft brauchen eine inklusive Schule

Gemeinsamer Unterricht von Kindern aus allen sozialen Schichten war der große Auftrag der Grundschule bei ihrer Gründung. Nach 1945 wurden von ihr mehrfach weitere Integrationsleistungen gefordert, z. B. in den Nachkriegsjahren mit der Aufnahme von Flüchtlingskindern mit anderem Dialekt und anderer Religion und in den 1970er Jahren bei der Integration der „Gastarbeiter“-Kinder mit anderer Herkunftssprache und anderem kulturellem Hintergrund.

In den 1980er Jahren wurde die Aussonderung von Kindern aufgrund schwächerer kognitiver Voraussetzungen aufgegeben und Grundschulen begannen gleichzeitig mit der Integration von Kindern mit Behinderungen.

Schließlich hat sich Deutschland dann 2009 verpflichtet, gesamtgesellschaftlich und in den Schulen Inklusion umzusetzen.

Darauf reagieren die Bundesländer bisher unterschiedlich, wodurch gleichwertige Bildungsbedingungen in Deutschland nicht gegeben sind.

Für die Umsetzung von inklusivem Unterricht in Schulen fehlt es nicht an didaktischem Repertoire, es mangelt an Gesamtkonzepten und der Ausstattung. Die staatliche Verpflichtung zur Inklusion im Bildungsbereich wird bei weitem noch nicht erfüllt.

Kinder brauchen längeres gemeinsames Lernen

Nach 100 Jahren Integrationserfahrung in der Grundschule ist es an der Zeit, den gemeinsamen Unterricht über die vier Jahre hinaus zu planen, wie es in der ehemaligen DDR bereits mehrere Jahrzehnte üblich war und auch in den Gesamt- und Langformschulen westlicher Bundesländer erfolgreich praktiziert wird.

Alle Kinder, ungeachtet ihrer sozialen, ethnischen, sprachlichen oder kulturellen Herkunft haben das Recht auf gemeinsames Lernen in einer Schule für alle. Trotzdem werden sie am Übergang in die Sekundarstufe nach wie vor in ungleichwertige Sekundarbildungsgänge aufgeteilt. Dabei wirken die Mechanismen sozialer Benachteiligung u.a. durch die mangelnde Ausstattung der nur vierjährigen Grundschule auch noch nach 100 Jahren. Dieses Versagen der deutschen Bildungspolitik kann nicht eindringlich genug angeprangert werden.

„Für die Grundschule und ihre Kinder“

Trennung und Ausgrenzung überwinden – das ist Grundthema der Grundschule seit ihrer Gründung in Weimar 1919. Es ist eine Erfolgsgeschichte, wenn auch eine ambivalente.

Die Zukunft der Grundschule hat längst begonnen. Das beweisen viele Schulen, in denen Kinder eigenaktiv lernen und Verantwortung für ihr Lernen und für die Gemeinschaft übernehmen.

Die Grundschule muss Raum geben für alle Aktivitäten, die Kinder zu selbstständigen Persönlichkeiten werden lassen und sie in ihren sozialen Kräften stärken. Vor allem aber muss sie ihnen mit Empathie begegnen und ermöglichen unsere Gesellschaft als solidarisch zu erleben, um Solidarität entwickeln zu können. Eine gut ausgestattete Ganztagschule bietet dafür die besten Möglichkeiten.

Die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben werden gelegt, wenn Kinder frühzeitig lernen, mit anderen Sichtweisen konstruktiv umzugehen. Schule ist nicht nur Spiegel der Alltagserfahrung von Kindern, sie muss ihnen Türen in neue Welten eröffnen.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, ich danke Ihnen im Namen des Grundschulverbands herzlich für die Wertschätzung, die Sie durch Ihre Anwesenheit und Ihre Worte bei dieser Festveranstaltung den Grundschullehrkräften entgegengebracht haben.

Der Grundschulverband wird seit 50 Jahren von ehrenamtlicher Arbeit getragen, mein herzlicher Dank gilt auch den vielen Engagierten aus Schulen und Wissenschaft.

Seine Forderungen „Für die Grundschule und ihre Kinder“ an Politik, Pädagogik und Gesellschaft veröffentlicht der Grundschulverband mit dieser Veranstaltung in der Paulskirche.